

GRÜNE VERANTWORTUNG

Schleswig-Holstein hat ein Problem und das nicht erst seit gestern - den Wolf. Bereits zu Zeiten des vorigen Umweltministers war manches, was da zwischen den Meeren in Sachen Wolf entschieden und getan wurde, kaum mehr als rätselhaftes Stückwerk. Sei es das Monitoring, welches mit seinen Ergebnissen nicht durch Transparenz glänzte, sei es die Beurteilung von Nutztierrißen, deren Bekanntgabe in der Vergangenheit mehrfache Aufforderungen der politischen Ebene erforderte, bis das Ausmaß der Schäden zugegeben wurde. Manches Ergebnis der Rissbeurteilungen ist dabei am besten mit dem Prädikat „nach Gutsherrenart“ beschrieben.

Im abgelaufenen Jahr hat sich die Situation im Westteil des Landes drastisch verschärft, als Jungwölfe aus Dänemark die Halbinsel Eiderstedt und die Kreise Pinneberg und Steinburg als ihr Speisezimmer entdeckten. Ihre Diät manifestiert sich in den wahrscheinlich noch nicht kompletten Zahlen seit April 2018:

Eiderstedt: 98 Risse 2018 mit 126 betroffenen Tieren ohne territoriale Wölfe

Pinneberg/Steinburg: 58 Risse mit 117 betroffenen Tieren jetzt mit einem (?) territorialen Wolf

Mit weiteren Rissen im Rest des Landes lassen sich damit für 2018 ca. 15 % der heute bekannten Nutztierrisse in Deutschland Schleswig-Holstein zuordnen, mit offiziell zwei territorialen Einzelwölfen in den Kreisen Pinneberg und Segeberg.

Das Erbe, welches der neue Umweltminister da angetreten hat, kann man durch die Summe der bereits begangenen Fehler nur als vergiftet bezeichnen. Wenigstens sind die handelnden Personen noch in Amt und Würden, damit sie diese Suppe mit auslöffeln dürfen.

Wie man sich das vorstellt, ist jetzt einer [Medien-Information des Landes vom 04.01.19](#) zu entnehmen. Man untersuche drei Rissvorfälle im Kreis Pinneberg, bei denen „wolfssichere“ Zäune überwunden wurden, ein nicht ausrottbarer Irrtum, denn im praktischen Herdenschutz einsetzbare Zäune können bestenfalls für eine begrenzte Zeit wolfsabweisend sein. Den Beweis dafür hat der Wolf in Deutschland vielerorts erbracht. Er lernt schneller als die Tierhalter aufrüsten können.

Dazu heißt es offiziell: „Sollte sich unser Verdacht bestätigen, werden wir also handeln und ein entsprechendes Verfahren gemeinsam mit allen Beteiligten zügig und rechtssicher durchführen können“, konkretisiert der Minister.

Wie dieses rechtssichere Verfahren aussehen soll, wird im Folgetext beschrieben: „Sollte ein Antrag auf Entnahme gestellt und genehmigt werden, können die Antragsteller eine oder einen Jagdscheininhaberin und -inhaber für ein begrenztes Gebiet und einen bestimmten Zeitraum mit der Tötung des Wolfs beauftragen.“

Vorsichtshalber wird nicht konkretisiert, wer denn die Antragsteller sein sollen. Wird das den Geschädigten aufgetragen? Sollen sie dann auch noch nach dem Jäger suchen, der diesen schlicht illegalen Auftrag für sie erledigt?

Die Tötung eines streng geschützten Tieres, welches nicht dem Jagdrecht unterliegt, ist auch im staatlichen Auftrag keine Jagd und damit keinesfalls Aufgabe eines Jägers. Neben dem rechtlichen Nirgendwo, aus dem dieser Vorschlag zu kommen scheint, sind die Folgen für die handelnden Personen vorgezeichnet:

Der Antrag wird genehmigt, der Wolf wird geschossen und anschließend verlangt der Verein XY Akteneinsicht. Die Namen werden bekannt und es wird nicht nur bei einem shitstorm bleiben. Morddrohungen, tätliche Angriffe und Ähnliches fallen der einschlägigen Klientel in solchen Situationen sehr leicht.

Wurde hier nur aus Unwissenheit derartiger Unsinn verbreitet? Es ist eher davon auszugehen, dass hier von den Verantwortlichen eine klare Agenda verfolgt wird. Keinesfalls Verantwortung übernehmen, schon gar nicht für unpopuläre und inzwischen unausweichliche Maßnahmen. Geschädigte und Jagdscheininhaber werden sich dreimal überlegen, sich den beschriebenen Folgen eines solchen Verfahrens auszusetzen.

Also bleibt alles wie es ist. Man hat eine Lösung angeboten. Dass die nicht funktionieren kann ist uns egal.

Der Wolf frisst weiter. Artgerechte Weidetierhaltung, damit auch eine Vielzahl landwirtschaftlicher Existenzen geraten in Gefahr. Das ist uns auch egal.

Verantwortung geht anders Herr Minister!